

Fanny-Michaela Reisin

**PAKOS
Nakba-Gedenken**

**Fanny-Michaela Reisin
Samstag, 14. Mai 2012
Schlossplatz Stuttgart**

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Mitstreitende,

wie schon in den Jahren 2018 und 2019 möchte ich auch heute an unsere legendäre Felicia Langer s. i. A. erinnern, die in Solidarität mit Palästina, Vorreiterin und Vorbild war.

Auch gleich zu Beginn möchte ich - unbedingt(!) - dem Palästina-Komitee Stuttgart gratulieren!

Erfolg in gleich zwei Verfahren: Eines vor dem Verwaltungsgericht und eines vor dem Landesgericht Stuttgart! Das ist schon was!

Die Palästina-Solidarität in Deutschland und international feiert mit Euch!

Es ist ein Erfolg für die Verwirklichung der universellen Grund- und Menschenrechte.

Und ja, welch ein Fiasko, für die, die alles daran setzen, die Palästina-Solidarität zum Schweigen zu bringe?!

Deshalb rufe ich heute von dieser Bühne am Schlossplatz Stuttgart allen zu:

Die Palästina-Solidarität wächst und gedeiht!

In Deutschland, in Europa und international!

Und ja! Fressen Sie ruhig Kreide Benjamin Weinthal, fressen Sie!

Auch die BDS-Bewegung, die Sie im Auftrag der Regierungen Israels so gerne- ich zitiere - "eliminiert" sähen, ist quicklebendig und gedeiht, wie eh und je!

BDS steht für die internationale Bewegung des gewaltfreien Widerstands, die 2005 von einem breiten Bündnis in Palästina ins Leben gerufen wurde.

Politisch orientiert vom palästinensischen "BDS NationalCommitte", dem BNC, rufen NGOs und Einzelpersonlichkeiten weltweit zum zivilen Boykott gegen die Apartheid in Israel auf. - So lange, bis führende internationale und nationale Wirtschaftsverbände, wirtschaftliche und führende Staaten politische Sanktionen gegen den Apartheidstaat Israel verhängen.

Sie wissen vielleicht nicht, meine Damen und Herren, wer Benjamin Weinthal überhaupt ist? Muss mensch nicht kennen. -

Ein Journalist seines Zeichens, bei der rechtspopulistischen Zeitung "Jerusalem Post", die englischsprachig in Israel erscheint. In Deutschland gastiert er als Korrespondent dieser Zeitung und treibt sein Unwesen im Lande.

Seine Mission? "Palästina soll sterben!"

So findet sich Mr. Weinthal *ungebeten* in Vorstandszimmer von Banken ein, bei Universitäts-Präsidenten sowie bei unzähligen Bundes- und Landtagabgeordneten aller Parteien. Immer wieder.

Sein Ziel?

- ! Verbot von Informations- und Aufklärungsveranstaltungen in Solidarität mit Palästina,
- ! Sperrungen der Bankkonten von Vereinigungen, die Palästina solidarisch unterstützen oder aber - in seinen Augen absolutes NO GO! - die BDS-Bewegung.
- ! Und, - die schlimmsten seiner Machenschaften - Diskreditierung und Rufmord exponierter Aktivist_innen der Palästina-Solidarität., bis hin zur Erwirkung von *Berufsverboten* (!!!), die geeignet sind, Berufskarrieren und Lebensläufe zu zerstören.

Das alles betreibt Korrespondent Weinthal. Eigentlich *Gast* hierzulande, fühlt er sich nicht bemüßigt, dem geltenden Grundgesetz in dieser Republik Respekt zu zollen.

Nein, er tritt es mit Füßen!

Und ja, er darf ganz offenkundig die in ihm verbrieften Grundrechte ungestraft missachten.

Die Bundes- und alle Landesregierungen dulden die Unbill. Denn der Mann ist nicht von ungefähr mit diesen Schmutz-Aufträgen betraut. Er hat eine einschlägige politische Vergangenheit. Sowohl in Israel als auch in den USA. Just zwei Nationen, zu denen die Bundesrepublik unverbrüchliche Freundschaften pflegt. Freundschaften, die auch laut der gerade vereidigten "Ampelregierung" zur "*Staatsraison*" erklärt werden. Bundeskanzler Olaf Scholz und Außenministerin Annalena Baerbock bekräftigen dies immer wieder.

Nun ist die Bundesrepublik Deutschland laut Grundgesetz rechtsstaatlich verfasst. Die Unabhängigkeit der Gerichtsbarkeit von jeweils amtierenden Regierungen und Parlamenten wird hierzulande hoch gehalten.

Und hier nun die gute Botschaft!

Die meisten Verbote, die Mr. Weinthal mit seinem Tross von Schnüfflern und Übeltätern zu erwirken suchte, wurden von Landesgerichten und nunmehr

auch vom Bundesverwaltungsgericht in Leipzig *zurückgewiesen!*

Gestatten Sie mir noch ein kurzes weiteres Schlaglicht auf die Ampel-Regierung in ähnlicher Sache:

Die Koalitionsparteien haben - so, als wäre es selbstverständlich -, quasi automatisch, das Erbe des vormaligen Innenministers Horst Seehofer (CSU) angetreten, der 2018 den "Bundesbeauftragten für jüdisches Leben - gegen Antisemitismus", Felix Klein, berufen und zusätzlich zu dessen Unterstützung *innen kürzester Zeit* eine Armada von Landesbeauftragten in allen Bundesländern installiert hatte.

Auch dazu gäbe es *nach vier Jahre Erfahrung* viel zu sagen, wofür hier nicht der Ort und heut nicht die Zeit ist

So viel aber aus den Erfahrungen der vergangenen vier Jahre *doch*:

Wir in der "Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost e. V." (JS) halten es für äußerst bedenklich - das brauche ich hier nicht länglich zu erklären -, dass in Deutschland von Staats wegen Beauftragte ausschließlich gegen Antisemitismus berufen werden und nicht gegen *jede Form* von Rassismus und Xenophobie. Wo doch PoC, Sinti und Roma, Muslimen und Angehörigen anderer nationaler, ethnischer und religiöser Minderheiten tagtäglich blanker Rassismus entgegenschlägt. Auf der Straße, in öffentlichen Verkehrsmitteln und nicht zuletzt auch in staatlichen Institutionen.

Um es klar zu sagen: Jede Form der Besonderung von Menschen jüdischer Herkunft, ist - ganz gleich, ob in böser oder vorgeblich guter Absicht - *per se antisemitisch!*

Ein "jüdisches Leben", das von "Staatsbeauftragten" besorgt wird, ist keins! Zumal, wenn rassistisch motivierte Ausgrenzung, Feindseligkeit und Gewalt nicht an der Wurzel gepackt und allgemein von Staat und Gesellschaft ausgemerzt wird.

Deshalb ist das Leben nicht nur der jüdischen, sondern auch vieler anderer Minderheiten in Deutschland *nie* selbstverständlich!

Abgesehen nun von alledem sind aber die Beauftragten "für jüdisches Leben" (sic!) bei näherem Besehen gar nicht dazu bestellt, gegen die hierzulande durchaus virulente rassistische und antisemitische Menschenverachtung tätig zu werden.

Nein!

Unserer Erfahrung nach befleißigen sich die Beauftragten darin, die Palästina-Solidarität ins Visier zu nehmen! So sind sie etwa in München, in Frankfurt

am Main, in Berlin und anderen Städten *öffentlich vor allem* dadurch *aufgefallen*, dass sie alles daran setzten, uns - das heißt, Dich und mich von der Palästina-Solidarität - politisch *auszubremsen*. Ganz so, wie die Netanyahus und die Weinthals dieser Welt es im Verbund mit ihren deutschen Gleichgesinnten von ihnen erwarten: *Auf dem rechten Auge blind!*

Es ist *nicht* bekannt geworden, dass von den jeweiligen Landesbeauftragten in den genannten Städten die Hetze und Aktivitäten der in Deutschland - *nicht erst seit 2018!* - umtriebigen rechtsradikalen Rassisten und Neo-Nazis verfolgt wird.

Auch hörten wir nichts davon, dass einer oder eine der Beauftragten das Verbot einer Informationsveranstaltung von Rechtspopulisten und landesweit bekannten Antisemiten in der AFD erwirkt hätte. Selbst paramilitärische Trainings von Reichsdeutschen wollen die Beauftragten nicht sehen.

Meine Damen und Herren, liebe Mitstreitende!

Die Anschläge auf die Synagoge in Halle und die Moschee in Hanau sind nur die Spitze des Eisberges dieser *Blindheit nach rechts* und die in dieser Republik von der Mehrheit tolerierte, wenn nicht sogar geteilte Hetze gegen Palästinenser und Muslime.

Gerade wurde der Bericht der *politisch motivierten Kriminalität* veröffentlicht. Gewaltübergriffe von rechts haben zugenommen! Insbesondere auch - wen wundert es? - die antisemitischen!

CUT

Einige Worte aus gegebenem Anlass noch zu den doppelten Standards auf dem internationalen Parkett:

Der von der Regierung Russlands befohlene Überfallskrieg gegen die Ukraine ist ein flagranter Verstoß gegen das Internationale Recht sowie gegen die nationale Souveränität und Integrität der Ukraine. Artikel 1 bis 4 der UN-Charta verbieten ausnahmslos allen(!) Staaten der Vereinten Nationen solche Angriffskriege.

Ich spreche zu Ihnen heute auch als ehemalige Präsidentin der Internationalen Liga für Menschenrechte. Einer 108 -jährigen Organisation, die leidenschaftlich für das Völkerrecht und seine Erweiterung wirkt und seit Gründung unerschrocken gegen jeden Staat und Autokraten aufgestanden ist, der geltendes Recht missachtet oder zu demontieren trachtet.

Die Grund- und Menschenrechte sowie - wichtig, wichtig (!) - ihre Unteilbarkeit, ihre buchstäbliche Universalität! sind die wichtigsten Säulen des Internationalen Rechts!

Unser Ruf lautete immer: *Kein Staat steht über dem Recht!*

Und ich sage hier und heute laut und deutlich: Weder Russland, noch die USA und *auch nicht Israel* und Iran. *Kein Staat!*

Und ja!

Ziviler Boykott ist die *richtige* Antwort gegen *Staaten, die sich am Völkerrecht vergehen*. Gegen *Staaten*, die Kriege lostreten, deren Folgen immer unsägliche Zerstörungen und unerträglich schmerzvolles Leid sind.

Ziviler Boykott ist die *einzige legitime* Antwort, die Menschen, wie Du und ich auf dieser Erde haben, sich gegen jeden *Staat auf dem Globus zu wehren*, der das Völker

recht missachtet und sich in Selbstjustiz und Willkür an den verbrieften *Rechtssicherheiten* vergeht. An den verbrieften *Rechtssicherheiten* nicht nur von Nationen, sondern indirekt jedes einzelnen Menschen auf dieser Erde!

Ziviler Boykott gegen Staaten ausüben, die *unser aller Völkerrecht* außer Kraft zu setzen trachten, ist *Recht und Pflicht* eines *jeden* Bürgers und *jeder* Bürgerin in allen UNO-Staaten.

Und ja!

Wirtschaftliche und staatliche Sanktionen *müssen* entschlossen - ohne Wenn und Aber - gegen Staaten verhängt werden, wenn Kriegsüberfälle und Invasionen in Verletzung des Völkerrechts befriedet und unterbunden werden sollen!

Und Ja!!!

Anklagen gegen Staaten, von denen Kriegsverbrechen ausgehen, *müssen* vor den Internationalen Strafgerichtshof gebracht und *von diesem verhandelt* werden.

Das gilt für jeden Staat! Für Russland nicht erst seit dem 24. Februar dieses Jahres. Das gilt freilich auch für die USA und nicht erst seit dem Angriffskrieg auf Irak 2003 mit mehreren Hunderttausende Toten und horrenden Zerstörungen im Land. Und das gilt freilich, freilich (!) auch für Israel, das allein in den 15 Jahren seit 2008 sage und schreibe fünf (5! Hand zeigen) Angriffskriege auf Gaza entfacht hat. Alle mit unsäglichen Zerstörungen und unzähligen Toten der zivilen Bevölkerung.

Gegner der Palästina-Solidarität unterstellen uns Antisemitismus, indem sie behaupten, wir prangerten einseitig die Apartheid in Israel an und beklagten ausschließlich die Verstöße der Regierung Israels gegen das Völkerrecht.

Deswegen noch einmal:

Kein Staat steht über geltendem Recht und Gesetz! Keiner!

Es gibt allerdings weitere quälende Fragen:

Wo waren die Wächter des Internationalen Rechts sowie der Grund- und Menschenrechte bei den Kriegsübergriffen auf Irak, auf Jemen, Libyen, auf den Libanon, die Westbank und den Gaza-Streifen?

Wo waren sie?

Wie kommt es, dass uns präzise Bilder der von Russland angerichteten f so erschütternden Kriegsverwüstungen in Aleppo und Grosny ständig vor Augen geführt werden? Die ebenso verstörenden Bilddokumentationen vom zerstörten Bagdad, von den Ruinen des verwüsteten Babylon durch die US-Armee nur hin und wieder aufscheinen. Meistens als Amateuraufnahmen aus dem "Leck" geheimer Informationsbeständen des US-amerikanischen Militärs, die der Öffentlichkeit vorenthalten werden?

Wo ist der Unterschied zwischen den Verwüstungen in Mariupol und jener Tabula rasa, die jede israelische Militärintervention in Jenin, in Beit Hanoun, Rafah oder Gaza anrichtet?

Sind die unzähligen Toten, Verletzten, sind die seelisch um ihr Leben gebrachten Kinder und Jugendlichen in den besetzten Gebieten Palästinas, zumal in dem seit 17 Jahren vom israelischen Militär *belagerten* Gaza für den Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshof, Karim Khan, nicht ebenso triftiger Grund, Ermittlungen wegen Kriegsverbrechen gegen Israel einzuleiten, wie er es im Falle des Ukraine-Kriegs gegen Russland für so dringend hält, bereits vier Tage nach Kriegsbeginn, am 28. Februar die Einleitungen gegen Kriegsverbrechen Russlands anzukündigen gleich Anfang März in Angriff zu nehmen wusste?

Stehen Frauen und Männer, Kinder und Greise Palästinas in Schmerz und Leid denen in der Ukraine nach?

Liebe Mitstreitende,

gerade im Angesicht des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine sind wir alle aufgerufen, die *Universalität* der Menschenrechte zu verteidigen und ihre volle Verwirklichung durch alle Staaten lautstark zu fordern.

Alle Menschen sind gleich an Rechten geboren! Die völkerrechtlich verbrieften Grund und Menschenrechte sind unteilbar weltweit gleich für jeden Menschen.

----- Ab hier der aus Zeitgründen leider weggebliebene Teil meiner Ansprache -----

Am 15. März d. J. brachte das Palästinensische BNC schon im Titel seiner Erklärung zum Krieg gegen die Ukraine die Dinge auf den Punkt:

"Die Reaktionen des Westens auf die russische Invasion macht alle Ausflüchte zur Rechtfertigung der Ablehnung der internationalen BDS-Bewegung zu Nichte!"

Liebe Mitstreitende,

ich möchte zum Schluss einige Auszüge aus dieser Erklärung vortragen:

Palästinenser und Palästinenserinnen nehmen weltweit - heißt es darin -, in tiefer Empathie am Leid von Millionen Ukrainer im Angesicht des Krieges Anteil. Unsere Aufmerksamkeit gilt nicht minder den Millionen Geflüchteten, die Schutz und Sicherheit in den Nachbarländern suchen.

Gemeinsam und in völliger Übereinstimmung mit der großen Mehrheit der Menschheit im globalen Süden stellt sich das palästinensische BNC erklärtermaßen jedem Krieg entgegen. Ganz gleich, ob es Russlands illegale Aggression gegen die Ukraine in Verstoß gegen die UN-Charta ist oder ob es die vielen illegalen und amoralischen Kriege der USA oder NATO in den vergangenen Jahrzehnten sind, mit den Folgen von Millionen Toten sowie irreversiblen Zerstörungen ganzer Nationen.

Schmerzlich und demütigend ist für die Völker des globalen Südens und somit für uns in Palästina, dass von den "West-Mächten" im Norden selbst dann zweierlei Maß angelegt wird, wenn es um das Leid von Kriegsoptionen sowie die Hilfe für Geflüchtete in Not geht.

Schließlich hält der Staat Israel seit Jahrzehnten ein Regime der Militärbesatzung und Siedler-Kolonisierung auf unseren Territorien aufrecht, das nicht nur "Made in the West" ist, sondern mehr noch von eben diesen, im Kolonialismus und Rassismus verwurzelten Nationen des so genannten Westen - speziell der USA, des UK und der EU - nach wie vor bewaffnet, finanziert und jeder Rechenschaftspflicht enthoben wird.

Demgegenüber muss die von Palästina geführte internationale BDS-Bewegung auf uneingeschränkte *Gleichheit von Wertigkeit und Rechte* für Menschen bestehen!

Deshalb richtet sie ihre Kampagnen vorrangig auf *das Ende der Komplizenschaft* mit dem israelischen Unterdrückungs-Regime, das uns Freiheit, Gerechtigkeit und Gleichheit verwehrt.

Tatsächlich verfolgt die international wachsende BDS-Bewegung, die gegen das Apartheid-Regime des Staats Israel, gewaltfrei für zivilen Boykott, wirtschaftliche Des-Investitionen und staatspolitische Sanktionen wirbt, kein anderes Ziel, als Druck auf Wirtschaftsverbände und Unternehmen und gleichsam auch auf Staaten und staatliche Institutionen auszuüben, endlich

ihre Kooperation mit dem israelischen Regime aufzugeben.

Ein Regime

"/.../, das uns tötet und uns ethnisch zu vertreiben sucht, das unseren Geflüchteten und Vertriebenen ihr Menschenrecht auf Rückkehr in ihre Heimat verwehrt und uns willkürlich in Gefängnisse wirft; das uns unseres Landes beraubt und uns in ständig schrumpfende Bantustans einpfercht; das zwei Millionen von uns im Gaza-Streifen rundum militärisch belagert in einem so genannten Open-Air-Gefängnis hält - eine nicht enden wollende Nakba, eine anhaltende Katastrophe /.../."

Ein Herrschafts-Regime, so füge ich hinzu, das die Hälfte der Palästinenser und Palästinenserinnen aus ihrem Land in alle Winde verjagt hat und im Lande selbst minutiös voneinander trennt! Apartheid pur!

Der Internationale Strafgerichtshof hat viele kostbare Jahre mit einem fortwährenden Hickhack verschwendet - heißt es weiter in der Erklärung - bevor es schließlich die Ermittlungen zu Kriegsverbrechen einzuleiten vermochte (seitdem hat sich allerdings noch nicht viel bewegt), die von Israel an Palästinensern verübt wurden. Dazu gehören auch die Massaker der israelischen Armee 2014 in Gaza, die in wenigen Wochen 500 Kinder um ihr Leben brachte.

Zum Schluss ein wörtliches Zitat der Richtungs-weisenden Erklärung des BNC

zum Ukraine-Krieg:

"Unser Befreiungskampf ist zugegebenermaßen nur *ein kleiner Teil* des *globalen Kampfes der Indigenen* für Gerechtigkeit.

Und doch hat der Rechtsgelehrte und ehemalige Ad hoc Richter des Internationalen Gerichtshofs, John Dugard aus Südafrika unbedingt recht, wenn er feststellt:

'Die Sache Palästinas ist zum Lackmustest für die Universalität der Menschenrechte geworden.

Versäumt der Westen es, sich für die Rechte der Menschen in Palästina zu interessieren, wird der nicht westliche Rest der Welt den Schluss ziehen, dass die Menschenrechte den Westmächten nur *ein Mittel gegen unliebsame Regime* und nicht *Ziel* sind sowie ebenso wenig als universelles Maß ein Instrument der Gleichbehandlung von Menschen der ganzen Welt.'

Es ist höchste Zeit den palästinensischen BDS-Aufruf zu beherzigen und einen Beitrag zu unserer lang ersehnten Befreiung zu leisten."

Ich habe dem nichts hinzuzufügen und danke für Ihre Aufmerksamkeit.